

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1909. Nr. 131. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 202.

Erste Ausgabe

Freitag, 19. März 1909.

Die parlamentarische Geschäftslage.

Schon vor etwa vier Wochen hat ein Abgeordneter, die verbündeten Regierungen möchten nunmehr dem Reichstage neue Gesetzesvorlagen nicht mehr unterbreiten, schon weil es den kleineren Fraktionen an Kräften fehle, die noch für irgend eine Ausführlingsberatung frei gemacht werden können. Aber die Gesetze, die unsere Volkstretter jahrelang riefen, lassen sich nicht mit einem einzigen kurzen Satz kenne. Gelehtentwurf auf Gelehtentwurf ist dem Reichstage auch im letzten Monat zugegangen und in den jüngsten Tagen hat sich noch die wichtige Novelle zum Strafgesetzbuch eingestellt. Man braucht eine solche Vorlage nur flüchtig zu prüfen und sich zu fragen, ob z. B. mildere Bestrafung beim Diebstahl geringwertiger Gegenstände, besserer Schutz der persönlichen Ehre und strengere Abhandlung der Kindermisshandlung und Tierquälerei am Platze ist, und die Antwort wird kurz und bestimmt lauten: Ja, es ist notwendig. Aber das „aber“ mindert die Freude über die entschlossenen geplanten Regelung des Notwendigen: woher soll das Parlament die Zeit nehmen?

Parlamentsarbeit ist Winterarbeit. Werden erst die Strahlen der Frühlingssonne wärmer und wärmer, dann schmilzt die Arbeitslust der Abgeordneten mehr und mehr zusammen und die Arbeitskraft, die seit dem Herbst Vermischtes geleistet hat, ist im wesentlichen aufgebraucht. Vermischtes wird im kommenden Frühjahr die Erziehung besonders leicht hervortreten. Wird doch in den Kommissionen seit Monaten mit Geduld gearbeitet, ohne daß sich der Arbeitsstoff merklich verringert hat. Nur wenige wichtige Bausteine sind eingetreten und man hat sich sogar entschlossen, den seit langem feststehenden Beginn der Plenarberatung um eine Stunde zu verschieben, nur um den Arbeitsbienen in den Kommissionen die Befähigungsmöglichkeit zu erweitern. Wohin geht die Reise? Jeder Vaterlandsfreund wird ein arbeitsstreiches Parlament wünschen und im lauten Winter hat es wohl nicht bittere und mahnende Anregung bedürft, um die Gelehtungsmaschine in flotten Gang zu erhalten. Wohl aber steht zu befürchten, daß im Reichstage allmählich das Guten zu viel getan und von zahlreichen Abgeordneten über ihre Kraft hinaus gearbeitet wird. Welche Folgen sich daraus ergeben mögen, liegt auf der Hand. Während das Streben naturgemäß darauf hinauslaufen muß, in das Parlament Männer mit gereifter Lebenserfahrung zu entsenden, würde von manchen Kandidaten, den die Wähler auf den Schild erheben möchten, bedauernd erwidert werden, sie halten sich der parlamentarischen Arbeitslast auf fünf Jahre hinaus nicht gewachsen. Daß aber die Jugend im Parlament nicht immer am Platze ist, dafür liegt sie aus dem Reichstage unfehlbar ein Beispiel auf.

Daß die reichstägliche Verabreichung des Glases im Reich wie in Kreisen nicht möglich sein wird, liegt schon jetzt fest. Güten wie drüben hat es an Fleisch und gutem Willen nicht gefehlt, aber der neben dem Etat zu bewältigende Arbeitsstoff hat zu viel Zeit verschlungen. Gemüßigt bietet der preussische Landtag wenigstens die Versicherung, daß er bis zum Schluß der Session seine Arbeiten im wesentlichen erledigen wird. Schon hat ja im Herrenhaus die Beratung der Wohnungs- und der zugehörigen Deckungsvorlagen begonnen. Im Reichstage hingegen steht der Entwurf der Reichsfinanzreform noch in der Kommission und selbst das vielbesprochene Versicherungspromiss wird noch manches Aushacken machen. So ergibt sich schon jetzt die Frage, was bis zur Sommerpause fertig werden wird und was zum Herbst verlohren werden kann. Nicht minder wichtig ist die Ermüdung, ob die Session im Frühjahr geschlossen werden kann oder ob eine abermalige Verlängerung bis zum Herbst notwendig und zweckmäßig ist. Welche Regelung aber auch getroffen wird, starke Bedenken lassen sich nicht umgehen. Eins freilich muß dringend gemahnt werden: daß die Reichsfinanzreform, die schon so viel böses Blut gemacht hat, noch im Frühjahr unter Dach und Fach kommt. Zu übrigen aber sollten die verbündeten Regierungen dem Reichstage künftig nicht mehr Gelehtentwürfe unterbreiten, als er in normaler Winterlegung bei fleißiger, aber ruhiger Arbeit sachgemäß erledigen kann.

Die Orientreise.

Der türkische Minister des Aeußeren, Nispet Pascha, der bekanntlich aus Petersburg in Berlin angekommen ist, wird in den nächsten Tagen dem deutschen Staatssekretär v. Soltmann v. Soltmann und voranschicklich auch von dem Reichskanzler Fürsten v. Bismarck empfangen werden.

Italien unterbreitet jetzt den Mächten den Vorschlag, eine Orientkonferenz unter Ausschließung aller territorialen und wirtschaftlichen Forderungen Serbiens abzuhalten. Nur bezüglich Montenegro's wünscht es Aufhebung des Artikels 29 des Berliner Vertrages, der Oesterreich-Ungarn das

Recht gibt, die montenegrinische Küste zu kontrollieren. Ferner soll England einen neuen gemeinsamen Schritt der Großmächte in Belgrad angeregt haben, um Serbien zur Mittelmeer zu bringen. Es soll Serbien offiziell mitgeteilt werden, daß es im Kriegsfall abzulassen bleibt. In London wird erwartet, daß England werde sich angesichts der drohenden Kriegsgefahr dem vorgeschlagenen Schritte anschließen, der am Sonnabend in Belgrad unternommen werden soll. Anzwischen soll der russische Gesandte in Belgrad Serbien bereits den Rat erteilt haben, den Wünschen Oesterreich-Ungarns nach Möglichkeit entgegenzukommen.

Unter der Ueberschrift: „Eine Hoffnung auf Besserung“ meldet ein offizielles Telegramm der „Römisches Zeitung“:

„Der serbische Minister des Aeußeren hat sich einem Berichterstatter der Wiener „Neuen Presse“ gegenüber dahin geäußert, daß Serbien glaubt (?) habe, durch seine letzte Note zur Befestigung des Friedens (1) und zu guten nachbarlichen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn beigetragen. Ob das wirklich die aufrichtige Meinung der Serben gewesen sei, darf fraglich bezweifelt werden. Dagegen möchte man hier von einer weiteren Erklärung des serbischen Ministerpräsidenten Kenntnis nehmen, worin er die Hoffnung ausdrückt, daß die militärischen Maßnahmen, die auf beiden Seiten vorgenommen wurden, unterbrochen werden könnten, was Serbien mit aufrichtiger Befriedigung begrüßen würde. Aus dieser Hoffnung könnte vielleicht, und zwar zum ersten Male, auf die Absicht des Kaisers geschlossen werden, wodurch dem eigentlich bevorstehenden Eingreifen der Großmächte in Belgrad die Arbeit erleichtert werden würde.“

Bei Redaktionschluss lagen noch eine große Anzahl von Telegrammen bei uns ein, woron wir die wichtigsten nicht wiedergeben:

Wien, 18. März. Die „Neue St. P.“ schreibt: Die auswertige Lage wird heute wieder mit Rücksicht auf den unterliegenden Anhalt der russischen Antwort mehr pessimistisch aufgefaßt. Jedemfalls hat die Haltung Serbiens in der letzten Zeit die Gelegenheit Oesterreich-Ungarn für wirtschaftliche Anstrengungen bedeutend herabgesetzt. Auch in Abgeordnetenkreisen war die Stimmung nach dem Bekanntwerden der russischen Note sehr pessimistisch. Man ergähe, das eine Entscheidung bereits für die letzten Tage des März zu erwarten sei.

Belgrad, 18. März. Gestern und heute stattete der russische Gesandte dem Minister des Aeußeren einen längeren Besuch ab. Im wesentlichen streiten beiderseits (wie oben schon angedeutet), während beide den freundschaftlichen Verhältnis, dem Wünschen Oesterreich-Ungarn nach Möglichkeit entgegenzukommen. Die Nachricht, daß russische Freiwillige bereits in Serbien eingetroffen seien, wird an maßgebender Stelle als unrichtig bezeichnet.

Wien, 18. März. Das „Stremmenblatt“ schreibt: Oesterreich-Ungarn stellt sich einer Konferenz nicht grundsätzlich entgegen. Linien unterhalb des, daß für den Abbruch des Konferenzprogramms eine Formel fixiert werden soll, über die sich alle Mächte auf dem Wege der Vorberatung einigen müssen, so daß ihre glatte Annahme auf der Konferenz selbst gesichert wäre. Für die böhmische Angelegenheit ist, nachdem alle Mächte unterem Abestimmen mit der Zurück zugewandt bereit sind, die Formel gegeben. Das ist unferes Erachtens eine einfache und des schwerfälligen diplomatischen Apparates kaum bedürftige Angelegenheit, daß die Frage entsteht, ob es nicht praktischer wäre, diese Formel, statt sie durch eine Konferenz zu beschließen, durch die Klärifizierung der internationalen Zustimmung an das Wiener Kabinett in das geltende Völkerrecht aufnehmen zu lassen.

Wien, 18. März. Die „Winn. Neuest. Nachr.“ melden: Sämtliche in München lebenden militärischpflichtigen serbischen Staatsangehörigen haben die Einberufungsorder erhalten und sind abgereist.

Aus dem Landtage.

Das Herrenhaus trat Mittwochs, mittags 2 Uhr, zu einer Sitzung zusammen. Vizepräsident Dr. Weder, nach dem Präsidenten, Herrn v. Kautenfel, zu seiner Pflichten Angelegenheit zum Vortrage die herrschaftlichen Glückwünsche aus, die der Generäle mit höchsten Dank entgegennahm. Darauf begann die Besprechung der Beamtenbesoldungsvorlagen. Herr v. Vuch bedauerte die Art, die die Abfertigung der Beamten vielfach angenommen habe, und betonte, die vom Abgeordnetenhaus vorgelegene Regelung der Beamtengehälter sei keine große Tat. Finanzminister Herr v. Rheinbaben erwiderte, die Beschließung von Seiten des Reiches habe eine völlig unzulässige Regelung nicht angezeit erscheinen lassen. Kardinal Noll verwahrte die Mißstände gegen den Vortritt, sie haben die Interessen der katholischen Geistlichen nicht genügend gewahrt. Fürs Reichsamt bekämpfte die gegen die polnischen Geistlichen gerichteten Ausnahmebestimmungen des Reichsbesoldungsgesetzes. Ministerialdirektor v. Czaputsky stellte aber fest, daß die national-polnische Beteiligung dieser Geistlichen Alterszulagen aus Staatsmitteln nicht getraue, und Oberlandesgerichtspräsident a. D. Dr. Damm stimmte dem nicht zu. Prof. Dr. Willbrodt und Landesgerichtsrat Dr. Lange unterstützten zu harte Belastung der Beamten durch die Reichsbesoldungsgesetz Minister Richter von

Reisen haben erwidert, er habe auf diese Belastung rechtzeitig vorbereitet. Nach kurzer weiterer Debatte trat Vertagung auf Donnerstag ein.

Das Abgeordnetenhaus setzte am Mittwoch die zweite Sitzung des Kabinetts fort. In der allgemeinen Besprechung hat Abg. Hefflinger (sonst.) zunächst um ausdehnende Entschädigung der durch die Expropriation benachteiligten Fischer sowie um Zulassung für die pommerische Binnen-schifferei, Unterstaatssekretär von der Brüggan legte Entschädigung nach Willkür zu. Abg. Siemsa (Zent.) beströmte die ausdehnende Verwendung des Baubetriebs bei öffentlichen Bauten. Ein Regierungsminister verleserte, die Bundesverwaltung bedrohe durch das einseitige Baumaterial. Abg. Dr. Karstorf (fronl.) befuhrte, „das liebe, alte Stroddach“ nicht ganz zu vergraben. Abg. Veinert (Soz.) begründete einen Antrag auf Heranziehung von Bauunterleuten aus dem Arbeiterstand. Abg. Gumbrecht einen Antrag des Zentrums. Minister v. Breitenbach erwiderte, zur Befestigung des Bauvertrages sei in den letzten Jahren von Staat und Gemeinden nicht erschienen. Gegen die Satzung sprachen aber grundsätzliche Bedenken. Nach kurzen Bemerkungen der Abg. Hefflinger (sonst.), Seine (natl.), Frhr. von Jellits (fronl.) und Schupp (fr. Sp.), werden beide Anträge abgelehnt. Der Titel Ministergehalt wurde bemittelt und die Vertagung auf Donnerstag vertagt.

Aus dem Reichstage.

Am Reichstage wurde am Mittwoch die Beratung des Militär-Gesetzes fortgesetzt. Abg. v. B. (sonst.) bedauerte die Ausfertigung des Militär-Gesetzes vor Dienstag, die geeignet seien, im Auslande die Meinung zu erwecken, als sei bei unserer Armee nicht alles so wie es sein sollte. Überall im Auslande bereide man uns noch um unser Heer. Der Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei der Kavallerie könne keine Partei nicht zustimmen. Denn in Frankreich habe man durch die Wiederherstellung der Gutsforderungen beim Aggregationsfonds und Feldjägerkorps. Dringend müsse er auch den Kriegsmilitär bitten, sich Abstrichen bei den Militärkorps zu widersetzen. Berechtigt dagegen seien die Streichungen bei den Jägern und Pfeilbüchsen. Der der Ernennung von Feldschleichen müsse er warnen. Abg. Dr. M. (fr. Sp.) forderte Reform des Pensionswesens und Verminderung der Kommandanten und Adjutantenstellen. Der Mangel an Militärärzten werde vermindert durch Ausbau der funktionellen Ehegatten. Die Minderheiten des Abg. Dauter bett. Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei der Kavallerie teilt er den besten auch in der künftigen Armee. Auch bei der Kavallerie könnte sehr viel an Drill gespart werden. Dieser Drill habe nicht nach Sedan, sondern nach Jena geführt. Seine Partei lehne die reichsweite Ausübung der Kommandanten-gewalt ab. Preussischer Kriegsminister v. C. in einem erklärte zu-macht, die Ausführungen des Vortrags, daß seine Partei keine Partei für die Schlichterkeit unserer Armee eintritt, begreife er sehr, sie händen aber im Widerspruch mit der gleichzeitigen Forderung einer Verringerung der Mannschaften und vermehrten Verurlaubung. Der Minister bestritt dann, daß von einer Parade-Ausbildung gesprochen werden könne; es handle sich stets um sechsmonatige Ausbildung. Ganz richtig sei die Auffassung über die Möglichkeit der zweijährigen Dienstzeit bei der Kavallerie. Jedem sei aus den Angaben über den Luxus in den Kasinos. Wenn ein Offizier über sein Vermögen hinaus „repräsentiere“, so sei das zu mißbilligen, sogar eine Dummheit. Gelegungen zu solcher Repräsentation werde aber kein Offizier, ebenso wenig sei diese erforderlich, um Karriere zu machen; wäre das der Fall, so wäre das Heer heruntergekommen. Einem militärischen Offizier geben des Militärkabinetts könne keine Rede sein. Das Kabinett bereite nur die aus dem Generalstab und Kriegsministerium kommenden Ernennungsvorschläge vor und lege sie Dr. Reichstag vor. Würden dem Kriegsministerium die Angaben des Militär-kabinetts übertragen, es doch nicht in der Lage sein, über persönliche Angelegenheiten des Reichstages Rede und Antwort zu geben. Dazu müßte erst die Verfassung geändert werden. Die Armee sei der mächtige Baum, in dessen Schatten das deutsche Volk ruhig gelebt habe und seinem Handel und Wandel nachgegangen sei, und diese Armee werde dafür sorgen, daß das deutsche Volk auch weiter geschützt leben könne. Um diese Armee werde die Armee heute nicht fertig halten und das Vaterland im Falle der Not verteidigen. Abg. Stülfen (Soz.) übte in längerer Rede Kritik am Militärkabinett und bezeichnete die Ausführungen des Ministers für ungenügend.

Die Finanz- und Steuer-Kommission des Reichstages.

begann, wie schon gemeldet, am Mittwoch die Beratung der Einkommensteuer. Nach der Regierungsvorlage ist die Einkommensteuer bei Weizen im Reich bis zu 2 Mk. die Hektare 5 Pf., mit einem Zuschlag von 10 Pf., bei einem Weizen von 2 bis 2 Mk., 20 Pf., von 2 bis 4 Mk., 50 Pf., von 4 bis 6 Mk., 1 Mk., bei einem Weizen von 6 bis 10 Mk., 2 Mk., von 10 bis 20 Mk., 3 Mk., bei Weizen, dessen Weizen höher ist als 20 Mk. die Hektare. Für Weizen in halben Hektaren soll der halbe Steuerzuschlag erhoben werden. Der festgesetzte Weizenpreis steht im Zusammenhang mit dem Weizenpreis, der im Namen seiner Partei grundsätzliche die Weizensteuer ab. Ministerialdirektor Kühn meint, daß man grundsätzlich gegen die vorgelegene Steuer nicht viel sagen könne. Die Vandalen sei die zweifelhafte Form der Weizensteuer. Eventuell könne eine Abfertigung nach der Größe der Hektaren stattfinden. Der Vertreter der Bauern erwiderte, er sei kein politischer Freund, daß die die Vorlage auch dann mit Freuden begrüßt hätten, wenn kein finanzielles Interesse vorliege. Was dem Bier und Branntwein billig sei, müsse dem Weizen recht sein. Der Redner hat aber Bedenken gegen die Pläne der Weizensteuer und erklärt sich für eine 70% Weizensteuer. Ministerialdirektor Kühn erklärt hierzu, daß sich eine allgemeine Weizensteuer mit Rücksicht auf die süddeutschen Staaten nicht machen lasse, denn in diesem Falle würde die Steuer den Produzenten treffen. Ein Vertreter der wirtschaftlichen Vereinigung stellt sich auf den Standpunkt der Kommodanten und wünscht eine Weizensteuer von 7 Pf. zu meinen. Darauf erklärt der Vertreter der wirtschaftlichen Regierung,

seine Regierung haben die bestimmte Versicherung gegeben eine allgemeine Einkommensteuer einzuführen. Diese ist der unabweisbar. Von freimüthiger Seite wird die Besugnahme auf Bier und Branntwein zurückgewiesen. Mit dem Vertreter der Konventionen hält der freimüthige Redner die Kontrolle, die übrigens die Regierung viel zu billig ansetzt, bei der Abscheuenerlei für unabweisbar. Die freimüthigen Lehren die Weintreiber ab. Der Reichsführer der Nationalisten nimmt eine vernünftige Stellung ein. Die nationalliberale Fraktion ist geteilt: ein Teil ist für eine allgemeine Einkommensteuer, ein anderer erklärt sich gegen die Besteuerung des Weines. Die nationalliberale Partei werde den Entwurf ebenfalls prüfen und sich an der Beratung beteiligen. Schlußsatz: Geben Sie keine Veranlassung, die die Besteuerung veranlaßt von den Sozialdemokraten erfahren hätte, wenn Sie das „Gesamt des vornehmen Mannes“ frei gelassen hätte. Der Vertreter der Reichspartei erhob ein Kompromiss und stellt sich auf den Standpunkt der Konventionen. Der Reichsführer des Zentrums gibt eine Erklärung über die Stellungnahme seiner Partei ab. Sie lautet: Das Zentrum will sich angeschlossen der letzten Wiederforderungen weder zustimmend noch ablehnend verhalten und wird sich der Abstimmung enthalten. Ein konservativer Redner glaubt, daß die Veranlassung Württemberg nicht ausreichte, daß wir zu einer Reichsgesetzgebung auf diesem Gebiete kommen. Es könne nicht zugelassen werden, daß außer den Reformen die neue Regelung respiziert werden. Der Stärkere müsse stärker bestraft werden. Hier handelte es sich um eine Kurzelei. In Bezug auf das Zentrum hat der Redner die Hoffnung, daß es sich letzten Endes nicht ablehnend verhalten werde. Der württembergische Bevollmächtigte betont, daß der Bundesrat einer allgemeinen Einkommensteuer nicht widerzustimmen können. Ein konservativer Redner verlangt zum Schluß die Beratung von den Württembergern das Opfer im Interesse der Reichsfinanzen.

Verneuerung des Fernsprechers.

Zu dieser Frage wird uns von einem Beier unserer Zeitung folgendes geschrieben: Schon seit längerer Zeit liest man fast täglich und in fast allen Zeitungen Artikel und Zuschriften, die gegen die Verneuerung der Fernsprechgebühren eintreten. Nach all diesen Auslassungen könnte man annehmen, daß die Gebühren allgemein erhöht werden sollen. Dies ist aber durchaus nicht der Fall. Im Gegenteil sind für den größten Teil (etwa 3/4) aller Teilnehmer nicht mehr, die neue Regelung eine Erhöhung der Gebühren, sondern eine Verringerung. Denn jetzt bezahlen 3 B. in Halle von den vorhandenen rund 3200 Anschließungen: die Kaufgebühren von 160 Mk. = etwa 1200 Teilnehmer, die Grundgebühr von 75 und mindestens 20 Mk. jährlich für Ortsgebühren = zusammen 95 Mk. = etwa 2000 Teilnehmer. Künftig würden sämtliche Teilnehmer in Halle eine Grundgebühr von 65 Mk. zu zahlen und außerdem mindestens 20 Mk. für Ortsgebühren aufzubringen haben, so daß die Jahresgebühr für den größten Teil der Anschlüsse statt 95 Mk. künftig nur 85 Mk. betragen würde. Hierbei sind also jährlich 500 Ortsgebühren bereits bezahlt. Jedes weitere Gebührend würde 4 Bg. (bisher 5 Bg.) kosten.

Wer ist denn nun in Wirklichkeit gegen diese neue Gebührensatzung? Die 2000 Teilnehmer, die künftig 10 Mk. besser wegkommen, doch sicher nicht! Aber gerade diese 2000 Personen legen sich zum größten Teile an kleineren Geschäftsenten, Gewerbetreibenden, Handwerker, Kaufmann usw. (sich aus dem Mittelstand) zusammen, die sehr oft die 20 Mk. (= 500 Ortsgebühren) nicht übersehen, die aber aus Geschäftskrüftigen der Konkurrenz wegen, die ebenfalls Anschluß hat, den Fernsprecher haben müssen.

Aber auch von den 1200 Teilnehmern, die z. B. 160 Mk. bezahlen, würde der größere Teil durch die Neuverteilung wesentliche Vorteile haben, da ihre künftige Gebühr weit unter 160 Mk. bleiben würde (d. h. alle die, welche dann jährlich weniger als 2375 Ortsgebühren führen).

Als Gegner der Neuverteilung würden von den rund 3200 Halleschen Teilnehmern demnach nur die paar hundert Teilnehmer anzusehen sein, die jährlich mehr als 2375 Ortsgebühren führen und das sind nachweislich die Großkaufleute, Fabrikbesitzer, Speditoren, Warenhäuser, Banken, Hotels, Güterabfertigungen u. dgl. Nun ist es ja von deren Standpunkte aus betrachtet, verändlich, daß sie sich gegen die Neuverteilung, die etwa 2500 Personen Vorteile bringt, haben, obwohl sie selbst künftig mehr als bisher zu zahlen haben würden.

Wie hand denn die Sache bisher? Nach der vom Reichs-Konvent veröffentlichten Denkschrift benutzen manche Teilnehmer den Fernsprecher zu Ortsgesprächen jährlich bis zu 50000 Mal, einzelne sogar noch öfter: eine tägliche 100 malige Benutzung gehört bei diesen Teilnehmern durchaus nicht zu den Seltenheiten. Nun ist doch im Laufe des letzten Jahres gerade der Post- und Telegraphen-Berwaltung nur zu oft der Vorwurf gemacht worden, sie wirtschaftete nicht kaufmännisch. Das Prinzip des Kaufmanns ist doch aber: „Die Gegenleistung darf keinesfalls unter der Leistung stehen.“ Welcher reelle Geschäftsmann wird denn seine Waren unter dem Einkaufspreis verkaufen? Er will und muß doch zunächst die Selbstkosten deckt wissen und außerdem einen angemessenen Verdienst davon haben. Das — und nur das — ist die Pflicht der Telegraphen-Berwaltung mit den Geschäften der hiesigen Teilnehmer, die jährlich mehr als 5000 Ortsgebühren führen, legt sie zurzeit direkt bares Geld drauf. Es ist doch klar, daß ein Teilnehmer, der täglich 50—100 mal den Amt in Anspruch nimmt, der Verwaltung an Arbeitskraft im Amt kostet als einer, der nur 5—10 mal anruft — ganz abgesehen von der erhöhten Abnutzung der Apparate und Batterien. Ein Beamter kann von den häufiger benutzten Anschlüssen doch 2 bis 3 mal so viel bedienen als von den so viel benutzten. Beansprucht denn jemand, daß seine Drucksachen, Briefe, Pakete oder Telegramme zum hohen Preise befördert werden, weil er deren täglich große Mengen aufweist? Nein und abermals nein, denn 100 Briefe verlangen eben 100 mal soviel Arbeit als ein Brief — genau so ist es auch im Fernsprecherbetriebe, das sollten sich die Beteiligten doch vor Augen halten! Der wird ein Kaufmann sein

Angestellten um so geringer bezahlen, je mehr er von ihnen verlangt? Sicher nicht! Wer half bezahlt er denn dann die paar hundert Großkaufleute, die fünfzig der voranzgehenden Mannschaften des Fernsprechers entprechend bezahlen sollen, gerade in diesem Falle für eine Ausnahme von der gerechten Regel? Sie verlangen doch gerade, daß die Verwaltung ihrem eigenen Kaufmännisch arbeiten und bei ihnen bares Geld zulegen soll. Sie selbst würden sich ja nur bitten, in ihrem Betriebe derartige selbstmörderische Geschäftsrundzüge einzuführen. Diejenigen Teilnehmer, die den Fernsprecher so stark benutzen, haben durch ihn doch direkten oder indirekten Vorteil, denn zum Spaß wird doch gerade in Geschäftskreisen pp. der Anschluß nicht verwendet. Zimmer liegen doch Bestellungen, Mitfragen usw. vor. Würde man — wie vor 25 Jahren — den Fernsprecher nicht vorhanden sein, dann müßten diese Sachen schriftlich oder durch besondere Boten erledigt werden, und das wäre doch teurer und zeitraubender! Ueberflüssige Gespräche müßten und könnten dann eben im eigenen Interesse unterbleiben.

Also, wer viel Arbeit verlangt, der muß diese auch entsprechend bezahlen, das ist kaufmännischer Grundsatz! E. G.

Die Tarifvorlage in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Aus Washington erhalten wir folgenden Drahtbericht: Bei Einbringung der Tarifbill sagte der Vorsitzende des Ausschusses, einige Zölle, hauptsächlich die auf Luxusartikel, seien herabgesetzt, mehr aber seien vermindert worden in dem allgemeinen Gebiete, den besten häuslichen Gegenständen und Kleidung zu verbilligen. Der Zollrat ist gegenwärtig verhandelt mit den Philippinen vor mit einer Vergütung der zollfrei einzuführenden Zucker- und Zabalmenge. Die aus dem Zollrat erwarteten Einnahmen werden auf dreihundert Millionen Dollars geschätzt. Die Zölle auf Waare sind werden um die Hälfte herabgesetzt. Der Zoll auf gewöhnliches Feinwoll und ein ein halbes Cent pro Pfund herabgesetzt, der auf Eisen- und Stahlabfälle von vier Dollars auf fünfzig Cent, der von Eisen, das mit Goldblech getrieft ist, von zwölf auf sechs Dollars pro Tonne, der von Trägern von 1/2 auf 1/4 Cent pro Pfund, der von Schmiedeeisen und Stahl von 35 Prozent auf 30 Prozent ihres Wertes. Der Zoll auf Eisenwaren, Eisenblech, Eisenblech und Nägel wird um die Hälfte, der auf Blei, Zinkergoß und Bleiwerk um ein Drittel vermindert. Nahrung wird auf drei Cent pro Pfund, einzelne Gärne werden auf ein Cent, Teppiche und ähnliche Waren, die bislang fünf Cent für das Quadratfuß und 35 Prozent ihres Wertes zahlten, werden auf vier Cent und 30 Prozent ihres Wertes herabgesetzt. Ein Teil der Tarifbill bestimmt, daß dieselben Wertgegenstände, die von Amerikanern in den auswärtigen Ländern Anwendung finden, auch auf die Angehörigen der betreffenden Länder in Amerika angewandt werden sollen. Der Verzoll auf Toiletartikel und Parfümieren steigen von 50 Prozent auf 60 Prozent. Die vielen weiteren großen Herabsetzungen sind aber nicht aufgeführt, da sie fast gar gemeldet haben die Industrie in Erinnerung, da sie sich auf größere Reduktionen als durchschnittlich 25 Prozent bis 30 Prozent nicht geschätzt gemacht haben.

Die Marinebedarfe in englischen Unterhaufe.

Im englischen Unterhaufe griffen am Mittwoch im weiteren Verlaufe der Sitzung der Nationalist Dillon und mehrere Mitglieder der Arbeiterpartei die Erhöhung des Marinebudgets an. Schließlich wurde ein Antrag auf Veraltung der einzelnen Positionen mit 322 gegen 83 Stimmen angenommen.

Ein Berliner Blatt enthält folgenden Brief Lord Rosebery vom 17. d. Mis.:

„Die letzten Abend im Unterhaufe erfolgten Mitteilungen über unsere Marine und Marinebedarfe, die ich sehr sorgfältig las, deren ich mich erinnere. Ihre Wichtigkeit liegt nicht so sehr in der Marinefrage, die gewissermaßen gelöst ist. Sobald die Nation sich vergegenwärtigt, daß ihr Vorkriegsstand bedroht ist, wird sie die größten Anstrengungen machen. Was wird aber aus der Vice-Royal-Flotte, mit der die meisten von uns sympathisieren? Ihr Argument gründet sich auf die Tatsache, daß wir eine prädominierende Flotte hätten, welche diese Inseln tatsächlich für eine Invasion unzugänglich machte. Diese Tatsache ist nun in das Gebiet des Zweifel verworfen. Aber ein Zweifel in der Frage der Sicherheit ist nicht zulässig. Das so wichtige Ergebnis der sorgfältigen Überlegungen muß uns veranlassen, von nun an mit aller Gewalt den Wert unserer Verteidigungsmaßnahmen zu prüfen. Sind sie hinreichend? Wird unsere Territorialarmee genügen, selbst wenn sie auf die volle Stärke gebracht wird? Das sind heute wirklich praktische und dringende Fragen.“

„Ferner meldet uns ein Drahtbericht aus London: Die Marinebedarfe im Unterhaufe blüht immer noch ausschließlich das Gesprächsthema. Alle Väter bepredigen die Lage, welche „Daily Telegraph“ als eine größere nationale Postage bezeichnet, als die „Schwarze Woche“ im Ehrenkriege bedeutete. „Daily Mail“ veröffentlicht das Ergebnis einer Umfrage bei den Schiffbauern über die Zahl der für den Bau von Dreadnoughts vorhandenen Stellen und stellt fest, daß die Möglichkeit gegeben sei, jährlich 16 Dreadnoughts im Lande zu bauen.“

Deutsches Reich.

Die Verhandlungen über die Reichsfinanzreform nehmen in der Reichstagskommission einen derartig schleppenden Verlauf, daß Gefahr bestehen könnte, die Reform bis zur Vertagung des Reichstages im Mai nicht in erledigen. Wie wir aber erfahren, wird seitens der Mehrheitspartei des Reichstages alles getan werden, um die Beratung in der Kommission möglichst bis Anfang Mai zu beenden. Die zweite Beratung im Plenum könnte dann am 3. Mai beginnen und die Finanzreform bis zum Sommerabschluss ebenfalls verhandelt sein. Wohl kaum eine Tagung im Reichstags eine derartige Ueberfülle von gesetzgeberischem Material unterbreitet worden, wie in der gegenwärtigen. Ein Teil der Novelle zur Gewerbeordnung, die Novelle zum Wechselstempelgesetz, die Gesetze betr. die Einmüthung der Armenunterstützung auf öffentliche Rechte, betr. die Preisfeststellung beim Marktband mit Schafschaf, betr. die Verteilung der Doppelbesteuerung, die Postdampferubvention und das Weingeloch sind bereits erledigt, und man hofft auch vor Oetern noch das Automobilgesetz und das Gesetz betr. die Sicherung der Vorkorderungen verabschieden zu können. Nach Oetern wären dann neben der Reichsfinanzreform, den Beamtenbefolgungsvorlagen und dem Wohnungsgeldzuschuß noch zu erledigen die Gesetze betr. die Beförderung des unautoneren Selbstverwalts, betr. die Abwehr und Unterdrückung von Weichheiten, betr. Veränderung der Zivil-

proschordnung, betr. Errichtung von Arbeitskammern, die Fernsprechreform, betr. das Baugesetz und die erst in dieser Woche vorgelegte Novelle zum Strafgesetzbuch. Unter den Ertragsvorlägen, welche anstelle der Einkommen-, Gas-, Zigarettensteuer, deren Abschaffung in der Kommission im Plenum am allgemein angenommen werden sollen, soll, wie verlautet, sich die Einführung einer Kohlensteuer und die Erhöhung des Stempelgesetzes befinden. Es ist vielleicht nicht unangebracht, darauf hinzuweisen, daß die Vorläge nicht von konservativer Seite ausgehen, daß aber die konservative Partei der Ueberzeugung ist, daß der Finanznot des Reiches nur durch eine gründliche Reform und systematische Schuldenentlastung abgeholfen werden kann, und daß daher der vorgeschlagene Bedarf in Höhe von 500 Millionen Mark unter allen Umständen aufgebracht werden muß. Sollte daher für einige indirekte Steuern im Reichstag keine Mehrheit vorhanden sein, so wird die konservative Partei ihre Mitwirkung bei eventuellen Ertragsvorlägen von objektiver, eingehender Prüfung derselben, abhängig machen. (Vergl. auch den Artikel am letzten Heft.)

* Zu den Gerüchten über eine Mittelmeerfahrt des Kaisers wird der offizielle „Süddeutschen Reichs-Korrespondenz“ aus Berlin geschrieben: „Den Zeitungsgerüchten über eine Reise Kaisers Wilhelm nach dem Mittelmeer, welche die Regierung, solange der Kaiser selbst, noch im letzten Jahr seine Bestimmung getroffen hat. Das ist bis jetzt nicht der Fall und dürfte auch in nächster Zeit nicht geschehen. Ein Ausflug nach Oetern in Frage, also nicht vor Mitte April. Ob dann die Reise angeregt wird, will der Kaiser von der politischen Lage abhängig machen.“

* Staatssekretär von Tirpitz. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz vollendet am morgenden Freitag sein 60. Lebensjahr. Möge es ihm noch lange und mit gleich gutem Erfolge vergolten sein, seines Amtes zu walten.

* Prinz Albrecht von Preußen befindet sich, wie Berliner Blätter mitteilen, zurzeit wegen einer leichten Mittelohrentzündung im Westbathaus in Behandlung des Geheimen Medizinalrates Prof. Rastow. Der Verlauf der Krankheit ist durchaus zufriedenstellend.

Der erste Adel in den Mittelmeer außer dem Kaiser Georg Ludwig Erbprinz von Sachsen ist der Kaiserin Elisabeth, welche vor dem Reichstag, der seinen Mutter, die Reichsministerin, befindet sich verheiratete Frau Anna Sophie Luise auf Schloss im Kreis Müritsch für ihre Person den Adel erhalten.

* Für die staatliche Unterbringung der vom Schiffsverkehr Geschädigten ist vom Minister des Innern folgende Beschlüsse bestimmt worden: „Aus Staatsmitteln wird zunächst eine halbe Million zur Verfügung gestellt. Von den bereitgestellten Geldern werden ausreichte Darlehen gewährt unter Bericht auf 15 Proz. bei der Rückzahlung. Aus dem Zentralfonds der freiwilligen Liebesgaben sind dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg 100 000 Mk. überwiesen worden. Für den Schluß der Deckelung bei Seehausen (Hannover) werden aus Staatsmitteln nochmals 150 000 Mk. bewilligt. Für die Ausgrabung von Dautelau a. d. Rahn sind 600 000 Mk. bewilligt. Im übrigen sind die Schadenersatzleistungen noch nicht abgeschlossen. Die Sachverständigen werden sich mit dem Minister der Finanzen über die Höhe des Schadensersatzes abstimmen. Die Bewilligung aufherbergentlicher vom Landtage zu fordern Mittel nicht notwendig, da die freiwillige Selbstständigkeit zur Abänderung der ersten und dringenden Vor bis hierher ausreicht.“

* Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses verhandelt am Dienstag über den Etat der Verwaltung der direkten Steuern. Von konservativer Seite wurde ausgeführt, daß das Abgeordnetenhauses sich gegenwärtig für die Geltung der Einkommensteuer auf Grundbesitz haben, um eine gleiche Erhebung für Landbesitzer und Industrie, für Handel und Gewerbe zu ermöglichen, aber hierdurch die Nachteile der bisherigen der Steuererhebung für die Landwirtschaft nicht beseitigt seien. Das Wah und die Art der Abfertigungen der Landwirtschaft werden nicht so hoch gehalten, als für die Landwirtschaft. Der 3. Teil der Ausgabebestimmungen würde deshalb dahin geändert werden, daß auf Abfertigungen auf lebendes Inventar und auf unproduktive zweifelhafte Außenstände erlaubt werden. Ein Zentrumstreiber wünschte bei einer Revision des Einkommensteuergesetzes die volle Abhängigkeit der Kommunalverwaltungen. Ein Abgeordneter erklärte, daß die Verstaatlichung von Landbesitz, Industrie und Anbau unter anderem nicht möglich sei, weil die Einkommen aus dem Handel und Gewerbe und aus dem Grundvermögen nach verschiedenen Grundbesitz erhoben würden. Bei ersterem ginge es nach der Gewinn- und Verlustrechnung, beim zweiten nach dem Ertrag. Von konservativer Seite wurde der Antrag angenommen, die Einkommensteuer auf Versteigerung der Doppelbesteuerung der Beamten benannt und geändert, daß Gehälter und Pensionen der Beamten nur am Sitz der Behörde der Beamten versteuer werden sollen. Freuen würde durch das Gesetz einen großen Ausfall erleiden, und auch die Beamten würden nicht unerschädlich getroffen werden, da in den Kleinrenten mehr höhere Steuern erhoben würden als in den Freuen. Ein Regierungstreiber führte demgegenüber aus, daß das Gesetz einen Zustand befestige, der schon längst jeder inneren Begründung außer Acht bleibe. Wehe als 14 000 preußische Einwohnern seien in anderen Staaten verarmt, und mit der Verstaatlichung der Freuen hätten die Kleinrenten doch erhebliche Einnahmen verloren. Deshalb müßten die Steuern dieser Beamten in der Höhe des Staates fließen, in dem sie wohnen. Ein nationalliberaler Abgeordneter erklärte, daß es praktisch aufzufender sei, wenn der Beamte der Steuer zahle, wo er sein Gehalt beziehe. Die Einkommen aus den Ertragsbeständen sind mit 45 Millionen Mark einzunehmen. Ein Kommisionmitglied erklärte, daß die Summe in dieser Höhe einzuheben werde. Die Regierung geriet jedoch dabei Bedenken. Bei der Verstaatlichung des Grund- und Grundbesitzer-Satelles verlangte ein Kommisionmitglied eine Revision der Grundsteuer, die nicht mehr getriggert und hängen freibleibend sein würde. Ein Regierungstreiber erklärte, daß die Frage der Grundsteuerreform schon außerordentlich erlogen sei, daß aber eine Revision sich freibleibend werden würde. Es folgte der Etat der indirekten Steuern. Bei der Zuckersteuer wurde angefragt, ob sich die Ueberwindung der Holzgasfabriken nicht vermeiden ließe. Drei Beamte für ein Fabrik seien zu viel. Die Regierung erwiderte, daß dies nicht möglich sei. Für die zur Durchführung der Reichsfinanzreform erforderlichen Steuern sind an Erhebungskosten 50 000 Mk. angelegt. Ein Kommisionmitglied meinte, daß Erhebungskosten für das ganze Jahr nicht notwendig seien und bei einigen Steuern die Erhebung sich auf fünfzig Stellen werde. Der Antrag, das an der Erhebung der Einkommensteuer zu tun, wurde nicht angenommen. In den Etat eingeleitet. Ein Regierungstreiber erklärte, daß der vorjährige Etatsansatz zu hoch gewesen sei. Weiter wurde eine Vereinbarung der Zollabfertigung auf der Eisenbahn angeregt und die großen Uebersteuernungen bei den Umlaufstoffen,

Waldenpostelle am 18. März 1909.

Waldenpostelle am 18. März 1909. 9.85 M., Waldenpostelle 10.05 M., April 1909: Hamburg 6.70 M., Waldenpostelle 9.00 M., ...

Trochsenfuhrl.

Kalle a. S. 18. März, Preis pro 100 Stk 11.80 M. wagenfrei hier bei Bezug von mindestens 200 Zentnern.

Zuckerbesitz.

Waldenpostelle 18. März, (Eigener Besitzzettel des Deutschen Zeitung), ...

Kaffeebericht.

Hamburg, 18. März, (Vormittagsbericht) Kaffee, good average Santos, ...

Berliner Produktbörse vom 18. März, (Eigener Drahtbericht), ...

Waldenpostelle vom 18. März, (Eigener Drahtbericht), ...

höher ein. Auch am Markt der heimischen Banken waren Erhöhungen zu verzeichnen, denen jedoch auch Abminderungen gegenüberstanden.

Tagess-Marktsberichte.

New-York, 17. März, 6 Uhr abends. Warenbericht, (Die eingekommenen Notierungen sind vom 16. März), ...

Letzte Draht- und Fernsprech-Nachrichten.

Berlin, 18. März, Der Kaiser sprach heute früh beim Reichsanwalt Fürsten v. Bülow vor.

Best, 18. März, Der „Reiter Club“ berichtigt aus Wien, daß man dort gegen den in der russischen Note angenommenen Standpunkt offiziell nichts einzuwenden habe.

Betersburg, 17. März, Mittai Raicha erhielt den Alexander-Newski-Orden.

Den, 18. März, Das Komitee des Schwedischen Arothals hat das internationale Gordon-Bennet-Wettfliegen für 1909 in Jütich auf Sonntag, den 10. Oktober, angelegt.

Paris, 18. März, Die Eisenbahndirektion teilt mit: Der Verkehr auf der G. u. N. e. g. b. e. r. s. b. a. n. zwischen Ober-Bretagne und Schlegel ist wegen Schneeverwehung und Vereisung vorläufig eingestellt.

Breslau, 18. März, Die hiesige Eisenbahndirektion teilt mit: Der Verkehr auf der Strecke Hirschberg bis Grottkow ist wegen Schneeverwehung und Vereisung vorläufig eingestellt.

Paris, 18. März, Die Post- und Telegraphendirektion von Le Havre und Lille hat sich verpflichtet, ihre Posten folgender zu unterstützen, die von Brest und Lyon haben sich für den Ausfall erklärt.

Waldenpostelle vom 18. März, früh 7 Uhr.

Kursnotierungen der Berliner Börse vom 18. März, 2 Uhr nachmittags.

Table with multiple columns: Eisenbahn-Aktionen, Eisenbahn-Obligationen, Eisenbahn-Prioritäten, Schiffahrts-Aktionen, Bank-Aktionen, Schlus-Kurse, and various other financial instruments.

Waldenpostelle vom 18. März, früh 7 Uhr.

Table with columns: Ort, Luftdruck, Temperatur, Wind, Wetter, Temperatur (höher/niedriger), and Niederschlag.

Waldenpostelle vom 18. März, früh 7 Uhr.

Waldenpostelle vom 18. März, früh 7 Uhr.

Waldenpostelle vom 18. März, früh 7 Uhr.

Waldenpostelle vom 18. März, früh 7 Uhr.

Kursnotierungen der Leipziger Börse vom 18. März, 1 Uhr.

Table with columns: Eisenbahn-Aktionen, Eisenbahn-Obligationen, Eisenbahn-Prioritäten, Schiffahrts-Aktionen, Bank-Aktionen, Schlus-Kurse, and various other financial instruments.

Waldenpostelle vom 18. März, früh 7 Uhr.

Waldenpostelle vom 18. März, früh 7 Uhr.

Waldenpostelle vom 18. März, früh 7 Uhr.

Waldenpostelle vom 18. März, früh 7 Uhr.

Bankhaus Paul Schaeffle & Co., Halle a. S., Bitterfeld, Dolitzsch, Eilenburg. An- und Verkauf von Wertpapieren, Einlösung von Coupons, Verzinsung von Geldanlagen, Conto-Corrent- u. Wechsel-Verkehr etc.

Frühjahrs-Neuheiten.

Gust. Liebermann, Seendurger-
straße 30.

Neues Theater.

Direktion E. M. Mauthner.
Freitag: Entembele-Gastspiel:
Otto Borngräbers (4127)

Die ersten Menschen
bei Anwesenheit des Autors.

Stadttheater in Halle a. S.
Freitag, den 19. März 1909
176. Vorst. im Abonn. 4. Viertel.
Beneh für den Charakter-Komiker
Karlbert Lentz.

Gastspiel der Operettensängerin
Marie Seubert
vom Stadttheater in Leipzig:
Frühlingsluft.

Operette in 3 Akten. Nach dem
Frühlingsspiel von Karl Birnbaum und
Julius Wilhelm. Musik nach
Motiven von Josef Strauß. Zu-
sammengestellt von Ernst Reiterer.
Spielleitung: Waldert Beng.
Musikalische Leitung: Josef Bach.

Personen:
Dr. Gustav Land-
mann, Rechtsanwalt. J. Borek,
Emilie, seine Frau. Alice v. Boer,
Lingens Antiebin,
Krentler, Emilens
Vater. A. Beng.
Apollonia, seine Frau. M. Brandow,
Felix, Antiebinens
Neffe. Fr. Gruffelli.
Verta, Apollonias
Nichte. Irma Kühn,
Baron von Grafen. W. Altesel.
Jda, seine Gemahlin. E. Wolke,
Hilkebrand. A. Sandorp,
Maier. Emil Ludben,
Rag. Fr. Meier,
Winkel. Ferd. Vogel,
Dietrich. Fr. Amberg,
Jean. Fr. Sturzbach,
Ganni, Dienst-
mädchen. R. Stahlberg,
Nazi, Kellner. Paul Jung,
Dannhauler,
Rechnaturat. Fabella Weitzell,
Präsidentin des
Klubs geliebter
Frauen. A. Kurzbuch,
Bouie. Nelli Nisch,
Delene. M. Schöbel,
Eugenie. M. Guben,
Siella. A. Geller,
Frene. S. Nibiger,
Ella. Gogelmann,
Nelli. G. Amberg,
* Ganni. Marie Seubert.

Am 3. Akt: Ballettdivertissement.
Nach dem 2. Akt längere Pause.
Aufführung 7 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Ende 10 1/2 Uhr. (4126)

Sonnabend, d. 20. März 1909
178. Vorst. im Abonn. 2. Viertel.
Ein Sommernachtstraum.

Nach Schluß der Vorstellung
Erfahrungen mit kleinem
Zuschuß im (4007)
„Weinhaus Brokowski“.

ff. Coburger Bier, Akt.-Br.
Auslieferung Kaulenberg 1 (3400)
Dresdener Bierhalle - Borsch.

Klavier-Unterricht
erteilt (1434)
Hedwig Glass,
Schülerin von Herrn Prof. Neubbe,
Friedrichstraße 41.

Am empfehle:
Allerl. Mischobst 1 Btl. 40 u. 60 s
Pflaumen 1 Btl. 30, 40, 50, 60 u. 70 s
Apfelschnitte 1 Btl. 60 u. 75 s
Aprikosen 1 " 60 u. 80 s
Prunellen 1 " 70 s
Birnren 1 " 80 s
Feigen 1 " 85 s
Leipzig (Altes Theater): Doktor
Klaus.
A. Trautwein, richtr. 81.
Mitglied d. Rabat-Club-Ver eins.

Gesellschaft,
für Strasse u.
nach Mass, in stilvollen
Mitteln, gelegente Aus-
lagen. (1402)

oberhemden
wels u. farbig, fertig u.
Desalins, prima-Stoff-Qua-
führung in allen Preisl.

W. Pless-Wien
distinguierte Formen —
bestrenommierte Fabrikate:
Scott-London, Christy-London,
With. Pless-Wien, Anton Pichler-Graz.
Amerikanische Stiefel
Direkter Import
Keifers Brothers-New Orleans
unerreicht in Passform
und Haltbarkeit.

Frühjahrs-Neuheiten
in
Paletots — Ulster
Anzügen
Westen Joppen
Fahr-Mäntel — Wetterkragen
am Lager in allen Größen
in tadelfreier Abarbeitung vorräth. Sitzes
zu mässigen Preisen.

O. V. Borchert
Gr. Steinstr. 74, neben Café Bauer.
Fernsprecher 1191.

Spezialität: **Hüte**
distinguierte Formen —
bestrenommierte Fabrikate:
Scott-London, Christy-London,
With. Pless-Wien, Anton Pichler-Graz.
Amerikanische Stiefel
Direkter Import
Keifers Brothers-New Orleans
unerreicht in Passform
und Haltbarkeit.

Nouveautés
in Stocken, Schirmen,
Unterzeugen.
Christy-London
Krawatten, Scarfs,
Faschenschleibern, Socken
etc. etc.

Geschäfts-Eröffnung.
Mit Gegenwärtigem gestatte ich mir die höfliche Anzeige, dass
ich mit heutigem Tage ein
Delikatessen-Geschäft
hierselbst **Mauerstrasse 1** errichtet habe. Durch jah-
relange Praxis in nur ersten Häusern dieser Branche ist es mir
möglich, erstklassige Waren zu den solidesten Preisen
in den Handel zu bringen und meiner werthen Kundschaft in jeder
Weise gerecht zu werden.
Indem ich um geneigtesten Zuspruch bitte, empfehle ich mich
Hochachtungsvoll
Jos. Georg Stenzel,
Mauerstrasse 1.

Tulpe Freitag und Sonntag
von 7 1/2 Uhr an
Souper-Musik
Sonntag von 1-3 Uhr
Weinrestaurant. **Diner-Musik.**

Wintergarten.
Täglich Künstler-Konzerte von Kapellmeister Friedland.
Mittagsstück 12-3 Uhr.
Knaben-Gewerkschule.
Freitag, den 19. März, von 2-4 Uhr werden Anmeldungen
von Schülern in den „Kofferzälen“ entgegengenommen. Dites-
anmeldungen schon jetzt erbeten. Honorar monatlich nur 3 Mark.
(1400)

Answärtige Theater.
Freitag, den 19. März 1909.
Leipzig (Neues Theater): Die
Maentöngin. Darauf: Zer-
stügel. Zum Schluß: Sultanne
im Bade.
Leipzig (Altes Theater): Doktor
Klaus.
Erfurt (Stadt-Theater): Tell.

Zoolog. Garten.
Freitag, 19. März,
nachmittags von 3 1/2 Uhr ab
III. Elite-Konzert
ausgeführt vom
Leipziger Tonkünstler-
Orchester
(Leitung: Kapellmeister
Günther Coblenz).

Fritz Behrens Inh. Bruno Klaus,
Gr. Steinstr. 85,
Ecke Neubauleer.
Dauerh. Schirme
jed. Preisl. Repar.
jed. Art. Ueberzieht
auf Wunsch in 1
Stunde. Rab-
-zgar-ver. En gros u. en detail.

50
1859 1909
Sur **Konfirmation**
eigen sich besonders als
praktische Geschenke
Damen-Uhren
sowie **Herrn-Uhren**
in Stahl, Silber, Tula u. Gold.
Auf jede Uhr 2 Jahre Garantie.
Gold-Konfirmation jeder Art.
(4112)
Gust. Uhlig, Uhrmacher,
untere Leipzigerstraße.

Apollo-Theater.
Direktion: Gustav Peller.
Paul Batty mit seinen
dreijährigen Vätern.
Faschist! Originaltrif!
Semiramis,
oriental. Ausstattungsballett,
gest. von 5 Damen.
Entzückende elektr. Lichteffekte!
Spissel — Spissel
Spissel,
ergänzende Humilität-Vorstellung.
s' Liserl und der
Moar von Schliersee,
Alpenfensche mit Oefang, Tanz,
Kunstübungen u.
Bachtstille Dekorationen!
Robert Neseemann
mit seinen Orig.-Vorträgen.
Achilles u. Athene,
grandioser epischer Vortrag
an der griechischen Säule.
Lionelly,
Requies-Akt in nob. Genre u.
die übr. Brachtstimmern.

Altar-Bekleidungen und
Geräte.
Franz Reinecke, Hannover.
2 vermög. Landwirte, 24 u.
25 J., ev., haben halbtäg. Be-
schäftigung mit jungen Damen
mit etwas Vermög., zwecks Verar-
beit. d. Fierren mit Photogr. unter
Z. i. 956 an die Exped. d. Blg.

Wohnungs-Gesuch.
Privatbeamter mit 2 Kindern
sucht 1. Juli Wohnung, besteh. aus
2 Zim., Kuch., Küche u. Anbeher,
3. Preisl. u. 300 Mk. Pfl. u. z. 1. 958
an die Exped. d. Blg. erbeten.

Heute vormittag 11 Uhr verstarb nach kurzem Kranken-
lager im besten Mannesalter unser
Herr Lehrer Otto Schatz.
Wir betrauern in dem Dahingegangenen einen pflicht-
treuen Mann, der in den fast 12 Jahren seiner Wirk-
samkeit an unserer Schule stets bestrebt gewesen ist,
die Unterweisung der Jugend aufs beste zu versehen. Wir
werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Leit. den 17. März 1909.
Der Schulvorstand.
I. A. Thielemann, Pfarrer.

Heute morgen 8 Uhr entschlief sanft nach langem schweren
Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater,
Bruder und Schwager, der
Gutsbesitzer Friedrich Geissler
im 66. Lebensjahre. Dies zeigt tiefbetribt ab
Witwe **Ida Geissler geb. Barth** nebst Kindern,
Braschwitz-Tornau.
Die Beerdigung findet Sonnabend nachmittag 3 Uhr statt.

Heute morgen verschied unser guter Vater, Bruder und
Grossvater, der
Eduard Teichmann,
früher Ortsschule in Ruckendorf bei Delitz a. B., im
88. Lebensjahre.
Grabschütz, den 17. März 1909.
Im Namen der Hinterbliebenen
Familie Teichmann.

Für die beim Hinscheiden meines lieben Mannes
mir und meinen Kindern erwiesene Teilnahme sage
ich herzlichsten Dank.
Anna Born.

Anzugstoffe für Herren und Knaben.
In- und ausländische Stoffe in reicher Auswahl,
Solide Qualitäten mit billigster Berechnung.
Muster-Sendungen nach auswärts.
Bruno Freytag, Halle a. S.,
Leipzigerstr. 100.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Amunborn, 17. März. (Gemeindeangelegenheiten.) Die zum 1. April neu errichtete Lehrstelle wird durch einen Herr... (Text continues with details of the appointment and school matters.)

Bei der goldenen Hochzeit feiern. Beiden Jubelpaaren wurde das Gnadeneisen von 60 Mark und der Gemeinde gefällige Prachtstück überreicht. Die feierliche Einsegnung fand durch Herr... (Text continues with details of the wedding anniversary celebration.)

W. Reichenfeld, 17. März. (Sohnfreigeitungen.) - Redebrannt. - Freitag. (Zeitschriften.) Die feierliche Einsegnung fand durch Herr... (Text continues with news from Reichenfeld.)

W. Reichenfeld, 17. März. (Die beiden Frühzüge) 340 und 347, die jetzt nur zwischen Zeitz und Deuben verkehren, werden von 1. Mai ab bis nach dem Weihenfelde gefahren.

Reichenfeld, 17. März. (Zur Einrichtung einer Landwirtschafstankstelle.) Der Landtag des Großherzogtums beschloß sich vorerhand mit dem Ministerialdirektor über die Einrichtung einer Landwirtschafstankstelle für das Großherzogtum.

W. Reichenfeld, 17. März. (Der allgemeine deutsche Kirchenbund) beschloß, die über seiner Bundesstadt Frankfurt am Main zu veröffentlichen.

Reichenfeld, 17. März. (Die Einverleibung) der zum Teil schon mit Leipzig örtlich verbundenen Gemeinden Mäden, Döben, Döblich, Proppschida, Stötteritz und Lützen in den Stadtkreis Leipzig ist jetzt von der sächsischen Regierung genehmigt worden.

Wissenschaft, Kunst und Theater. (Albert Matkowsky) ist, wie bereits gemeldet, am Abend des 16. März in Berlin verstorben. Ueber Matkowsky's Leben geben wir folgende Daten:

Albert Matkowsky wurde am 1. Dezember 1858 in Königsberg in Preußen geboren. Mit sieben Jahren wurde er sich einer Arztfamilie des Herrn Garde angeschlossen, er wurde aber von der Mutter zurückgeholt und in häuslicher Genesung gebracht. Er besuchte dann die Königl. Realschule, wo er besonders bei Deklamationsübungen auffiel, trotz seiner bescheidenen Verweigerung an den Tag legte. Er wurde deshalb in einem Importbaue als Lehrling untergebracht; doch zog er sich bald wieder vor, seine Studien in der Emerichs-Hochschule, bekam er zu tiefgehender Eindrücke, daß er sich entlosh, Schulpflicht zu werden. Zunächst lernte er „Hamlet“ wörtlich auswendig und gründete mit seinen Kollegen sogar einen kleinen Theaterverein, in welchem er alles Erlösene praktisch darzustellen verstand. Schon aus dieser Zeit wissen wir zu lassen. Überdies konstituierte nicht nur große Begabung, sondern übernahm auch gern seine Ausbildung, ja, empfahl ihm sogar nach vollendeter schulpflichtiger Unterweisung an das Hoftheater in Dresden. Er wurde engagiert und fand daselbst nicht nur an Friedrich Detmer ein vorzügliches Vorbild, sondern auch an Oberregisseur Marx einen ihm wohlgeleiteten Lehrer und Förderer. Im Anfang wurden ihm nur kleine

Aufgaben überantwortet, als aber Detmer 1880 starb, erhielt er manche Rolle aus dem Repertoire dieses Schauspielers zugewiesen. 1880 gewann Solmi den jungen, begabten Schauspielers für seine Hamburger Bühne, wo derselbe drei Jahre wirkte und zur vollen Höhe seines Talents ausreichte. Nach Wahrung seiner Wirksamkeit in Hamburg empfing er eine Gastspielanstellung an das königliche Schauspielhaus in Berlin, und damals war es namentlich sein „Halsband“ in „Leben ein Traum“ von Goethe, der das Publikum gerade begeisterte. 1889 trat er in den Verband des sächsischen Schauspielers, in dem er bis zu seiner späteren Erkrankung seine früher unerhörte reiche Tätigkeit entfaltete.

Ueber die letzten Stunden des Entschlafenen wird berichtet: Seit drei Tagen wurde der Patient nur noch künstlich am Leben erhalten, die ganzen Tage war er völlig apathisch und selten bei Bewußtsein. Dienstag vormittag traten bereits die Schlußabkündigungen ein, ein fidesches Zeichen für die Letzte, daß die Auflösung bevorstand. Seine Bewußtsein lag der Patient bis gegen 6 Uhr abends, dann kehrte die Bewußtsein zurück. Matkowsky fühlte, daß sein Ende gekommen sei, er nahm Abschied von seiner Familie, die erklährte das Sterbefolge umringte. Der Hausarzt Dr. Wäner wollte die ganze Zeit im Sterbezimmer und erleichterte dem Sterbenden die letzten Stunden. Am 17. März, 11 Uhr, trat die Familie ein, und zwei Minuten nach 7 Uhr hatte Matkowsky ausgerufen. — Mit Rücksicht auf den 17. März wurde die Leiche des Entschlafenen nach der Kapelle des Friedhofes am Pfaffenbrunnweg übergeführt. Die Beisetzung erfolgt am Freitag nachmittags 2 Uhr im Erbbegräbnis auf dem dortigen Friedhof, wo bereits der Sohn Matkowsky ruht.

he. Hochschulaufsichten. Wie wir hören, wird Professor Dr. Otto Blasberg, Ordinarius der klassischen Philologie in Kofold, dem Ruf an die Universität Breslau an Stelle Jährens Folge leisten. Er soll zum Ordinarius in Halle ernannt werden. Dr. med. Rudolf Scherl, bisher Privatdozent an der Universität Zürich, der mit dem 1. Januar 1909 in das kaiserliche physikalische Institut als Assistent eingetreten ist, hat sich in der medizinischen Fakultät ebenfalls für das Jahr der Physiologie habilitiert. — Wie aus aus Koblenz gemeldet wird, wird der Astronom Gnar Verpurgung dem Rufe nach Göttingen als a. P. Professor für Astronomie und Astronomie als Nachfolger von Hof, beauftragt folgen. — Dem ordentlichen Professor der Botanik an der Universität, Konstantin des botanischen Gartens und des pflanzenphysiologischen Instituts des Staates, Geh. Hofrat Dr. Karl Hübner wurde vom Prinzregenten von Bayern das Ritterkreuz des Verdienstordens der bayerischen Krone verliehen, womit der preußische Verdienstorden verbunden ist. — Als Privatdozent für Mathematik, insbesondere darstellende Geometrie, habilitierte sich an der technischen Hochschule zu Karlsruhe der Assistent Dr. Wolfgang Vogt. — Dem Leiter der ambulanten Klinik an der tierärztlichen Hochschule in Wien, Adjunkten und Privatdozenten, Dr. Leopold Reisinger wurde der Titel und Charakter eines außerordentlichen Professors verliehen. — Zum Sekundärarzt an der kaiserlich-physikalischen Universitätsklinik (Zentralabteilung) wurde an Stelle des Privatdozenten Dr. Jung der erste Assistent Dr. Hans Mayer ernannt.

Ein kolonialer Preisausgeschrieben in Werte von 1300 Mark veranstaltet die Deutsche Kolonial-Zeitung (H. Wetters), Berlin W. 50, der Regierungsrat Dr. v. Scharfstein an der Spitze der besten Arbeiten über die Viehzucht in den Tropen und Subtropen unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in den Kolonien.

Bernhard Untenfein, das hochgeschätzte Mitglied des Viro-Silv-Quantitäts und Solobachschiff des Leipziger Gewandhaus-Theaters, ist gelegentlich seiner Mitwirkung in einem Vortrag an der Bühne von Dresden durch die Verleihung des Verdienstordens für Wissenschaft und Kunst ausgezeichnet worden.

Personalnachrichten. Die Regierungsreferendare Günther aus Hannover, v. Wiestowski aus Berlin und v. Salber aus Potsdam haben die zweite Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst bestanden. Der Regierungsrat Dr. v. Scharfstein aus Berlin ist der sächsischen Regierung in Kitzberg zur weiteren dienstlichen Verwendung überwiesen worden. — Der Regierungsrat Dr. v. Scharfstein ist unter Verlegung an die königliche Regierung in Münster der kaiserlichen Kanalbauinspektion in Essen zur weiteren dienstlichen Verwendung überwiesen worden. — Der Regierungsrat Dr. v. Scharfstein ist dem Landratsamt des Kreises Witten zur Dienstleistung in den landwirtschaftlichen Verhältnissen zugewiesen. — Der Stadtrat Robert Kelp in Wernburg (Anhalt) ist als

Größtes Spezial-Geschäft für dekorative Ausstattung der Wohnräume. Wandbekleidungen mit Tapeten und Stoffen. Belegen der Fußböden mit Linoleum und Teppichen. Prachtvolle Dekorationen für Türen und Fenster. Gardinen. Stores. Zugrouleaux. Möbelbezüge in unübertroffener Reichhaltigkeit. Treppenläufer in Haargarn, Plüsch, Cocos etc. Teppiche und Vorlagen in Tournay, Brüssel, Plüsch, Haarbrüssel etc. Diwanddecken, Tischdecken, Wandbehänge etc. Gr. Ulrichstr. 1, Ecke Kleinschmieden. Reichle Auswahl. Gediegene Muster. Feine Farbstellungen. Anerkannt mässige Preise. Passende Vorschläge. Kostenschätzungen. 4137

